

Plenum aktuell

Plenarsitzungen

11. und 12. November 2015

Initiativen und Positionen
(Stand 11.11.2015)

Aktuelle Stunde

Zuzug steuern, damit wir weiter helfen können und Kommunen nicht weiter überlasten

In Berlin wurden vergangene Woche zur Asyl- und Flüchtlingspolitik wichtige Beschlüsse gefasst. Diese haben Bestand. Trotzdem dürfen wir nicht aufhören, an einer umfassenden Lösung zu arbeiten und praktikable Antworten zu liefern. Es geht darum, Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und nachhaltig zu integrieren. Das geht nur bis zu einer gewissen Grenze.

Familiennachzug begrenzen

Es steht deshalb außer Frage, dass der **Familiennachzug zeitnah neu geregelt** werden muss. Wichtig ist eine klare Regelung, die für alle Beteiligte Sicherheit schafft, aber auch Signalwirkung hat. Flüchtlinge müssen Schutz erhalten, aber auch wissen, dass es Bedingungen, Regelungen und Überprüfungen dafür gibt. Für Syrer brauchen wir deshalb in der Konsequenz eine **Einzelfallprüfung**. Die Verhältnisse in den Herkunftsländern sind regional oft sehr unterschiedlich. Dieser Wirklichkeit muss sich auch die Landesregierung stellen.

Forderungen der CDU-Fraktion umgesetzt

Es ist bedauerlich, dass sich Rot-Grün **gegen die Einrichtung grenznäherer Registrierungszentren gesperrt** hat. Wie viele Bürgerinnen und Bürger auch, hätte sich die CDU-Landtagsfraktion noch schnellere Entscheidungen und grenznähere Zentren gewünscht.

Die **Reaktionen aus der Mainzer Regierungskoalition** auf die aktuellen Beschlüsse zeigen, dass in der Flüchtlingsfrage ein **tiefer Riss durch Rot-Grün** geht. Während die SPD in Rheinland-Pfalz den Kompromiss als angebliche Durchsetzung ihrer Vorschläge feiert, **kritisiert der grüne Koalitionspartner die Beschlüsse als "Abschottung"**.

Im Kompromiss von vergangener Woche wurden wesentliche Forderungen der CDU-Landtagsfraktion umgesetzt.

- Die Koppelung von Leistungen an die Einhaltung von klaren Regeln.



- Die Steuerung über einen einheitlichen Flüchtlingsausweis mit Registrierung in einer Datenbank.
- Erleichterte Abschiebung Nichtbleibberechtigter.
- Drei bis fünf zentrale Registrierzentren statt dutzender ‚Einreisezentren‘.
- Die Begrenzung des Familiennachzugs.
- Die drastische Beschleunigung des Verfahrens nach Vorbild des Flughafenverfahrens.

Es werden nun **spezielle Zentren für Asylsuchende ohne Bleibeperspektive mit verschärfter Residenzpflicht** eingerichtet. Von hier aus soll die unmittelbare Abschiebung nach Abschluss eines humanen und rechtsstaatlich einwandfreien Verfahrens erfolgen. Das wird dazu beitragen, die **Zahl dieser Gruppe von Flüchtlingen zu begrenzen**. Vor allem geht davon aber auch ein **wichtiges Signal in sichere Herkunftsländer** aus, das Migration ohne Asylgrund eindämmen wird.

Jetzt geht es um die **entschlossene und erfolgreiche Umsetzung der aktuellen Beschlüsse**. Dabei muss sich die Landesregierung in Rheinland-Pfalz an das halten, was sie selbst im Bundesrat oder in der Ministerpräsidentenrunde mitbeschließt und in der Vergangenheit zu oft verhindert hat.

So will die **rheinland-pfälzische** Landesregierung beispielsweise auch **künftig an Geldleistungen für Flüchtlinge festhalten**, obwohl die aktuelle Bund-Länder-Beschlusslage ausdrücklich den Vorrang von Sachleistungen zur Anreizminderung vorsieht.

Unsere Forderungen an die Landesregierung:

- **Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive** müssen zur schnelleren Abschiebung und zur Entlastung der Kommunen von der Landesregierung zurück **auf die Erstaufnahmeeinrichtungen verteilt** werden.
- Notwendig sind **zentrale Abschiebungen** durch das Land. Das darf nicht den Kommunen überlassen werden. Zentrale Abschiebungen sind effektiver und kostengünstiger.
- Bei der freiwilligen Ausreise muss dafür Sorge getragen werden, dass es eine **Wiedereinreisesperre** geben.
- In Rheinland-Pfalz leben lt. Rhein-Zeitung 3.500 – 4.000 vollziehbar ausreisepflichtige Personen, die nach abgelehntem Asylantrag hier geduldet sind. **Die Duldungsgründe müssen kritisch überprüft werden**.
- Die Landesregierung muss die **Residenzpflicht** durchsetzen. Sie muss den Asylsuchenden klar machen, dass die **zugewiesene Erstaufnahmeeinrichtung verpflichtender Wohnort ist** und kein Angebot zur Güte. Diese Residenzpflicht, die es bisher offensichtlich nur in der Theorie gibt, muss Rot-Grün jetzt in der Praxis durchsetzen.
- Zur Anreizminderung müssen **Sachleistungen statt Geldleistungen** eingesetzt werden.

Zur Sache: „ad-hoc-Ausschuss Flüchtlinge“

Ablehnung des Vorschlags der CDU-Landtagsfraktion durch Rot-Grün

Ende Oktober hatten wir die Vorsitzenden der **Regierungsfraktionen**, den **Landtagspräsidenten** und die **Ministerpräsidentin angeschrieben** und den Vorschlag zur Einrichtung eines „**ad-hoc-Ausschusses Flüchtlinge**“ gemacht. Im Saarland haben die Fraktionen einmütig für die Einrichtung eines solchen Ausschusses gestimmt.

Wir halten einen solchen Ausschuss in Anbetracht der **Dramatik der Situation** für unbedingt erforderlich. Denn die **Bewältigung der Flüchtlingsfrage stellt eine der größten Herausforderungen** dar, die unser Land in den zurückliegenden Jahrzehnten zu bewältigen hatte. Das wird nur **gemeinsam** gelingen.

Es handelte sich hier um eine **klassische Querschnittsaufgabe** mit sozial-, bildungs-, familien-, jugend-, integrations- und europapolitischen Inhalten, die in einem Ausschuss gebündelt werden sollte.

Vorschlag zunächst ohne Antwort geblieben – dann abgelehnt

Die Regierungsfraktionen haben unseren **Vorschlag zunächst auf die lange Bank geschoben** und dann fünf Wochen später in der zurückliegenden Sitzung des **Ältestenrates abgelehnt**. Stichhaltige Gründe dafür wurden nicht genannt. Die Ministerpräsidentin

hat leider gar nicht reagiert. Offensichtlich stehen hier **parteilich motivierte Opportunitätserwägungen im Vordergrund**. Die Geschäftsordnung des Landtags sieht die Möglichkeit der Einrichtung eines solchen Ausschusses ausdrücklich vor.

„ad-hoc Ausschuss Flüchtlinge“ ermöglicht Bündelung

Uns geht es mit dieser Initiative darum, ein **parlamentarisches Dach** zu schaffen, unter dem die Diskussion und der Informations- und Lösungsaustausch zu diesem Thema konzentriert werden. Damit wäre auch gewährleistet, dass ein jeweils **zeitnahe, gebündelter Austausch zwischen Landesgesetzgeber, Landesregierung und der kommunalen Seite** erfolgen kann. Wir haben ausdrücklich betont, dass darin die **kommunalen Spitzenverbände mitarbeiten** sollen. Ohne die Kommunen können wir die sich stellenden Aufgaben nicht bewältigen.

Dass die rot-grünen Regierungsfraktionen sich in dieser dramatischen Situation verweigern, zeigt wie wenig sie an Zusammenarbeit im Sinne der Sache und damit der Flüchtlinge interessiert sind. Es ist sehr **bedauerlich** dass die Regierungsfraktionen auch in dieser Frage **Parteilich vor Sachpolitik stellen**.

Besprechung Große Anfrage

Umsetzung des ESF in Rheinland-Pfalz

„Ist die frühere Firma des Ehemanns der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Dreyer über Jahre begünstigt worden?“

Nach der Auswertung einer zweiten Großen Anfrage zum Europäischen Sozialfonds ESF in Rheinland-Pfalz verdichten sich die Hinweise auf rechtswidrige Förderpraktiken in der Amtszeit von Dreyer als Sozialministerin. So hat das Ministerium 2012 den Auftrag für eine Telefonhotline freihändig ohne Ausschreibung an die Trierer Firma Schneider Organisationsberatung, gleichzeitig Landesberatungsstelle ESF, vergeben.

Auftrag ohne Ausschreibung

Der Auftrag lief über zweieinhalb Jahre und lag mit 211.861 Euro über dem maßgeblichen Schwellenwert (200 000 Euro). Bislang hat die Trierer Firma über die Landesregierung Zuwendungen und Aufträge in Höhe von mindestens 22 Millionen Euro erhalten. Über Jahre hinweg sind systematisch Geschäfte zwischen Sozialministerium und der Trierer Beratungsfirma gestrickt worden. Von Transparenz keine Spur. Ob über Zuwendungen oder Ausschreibungen, der Trierer Firma, die enge Verbindungen zum Ehepaar Dreyer-Jensen unterhält, wird ein Roter Teppich ausgerollt.

Verstöße gegen die Vergabeverordnung sind kein Kavaliersdelikt. Bei der Hotline handelt es sich ganz klar um eine Dienstleistung oberhalb des Schwellenwertes. Dennoch wurde nicht ausgeschrieben. In der

Großen Anfrage behauptet die Landesregierung, es habe sich bei der Hotline um eine ‚geringfügige‘ Nachbestellung gehandelt. Dies ist nachweislich falsch.

Doppelrolle: ESF-Berater ist zugleich ESF-Begünstigter

Die CDU-Fraktion kritisiert auch, dass die Landesberatungsstelle ESF nicht nur andere Projektträger berät, sondern in mehreren Fällen auch selbst ESF-Projekte umgesetzt hat. Obwohl Schneider Organisationsberatung in großen Teilen das entscheidende Anmeldeverfahren gestaltet und de facto als Verwaltungshelfer arbeitet, tritt er gleichzeitig als **Begünstigter** auf. Hier sieht die CDU-Fraktion einen Verstoß gegen das **Verwaltungsverfahrensgesetz**.

Zweifelhafte „Selbst“-Kontrolle

Ein weiteres Ergebnis der Großen Anfrage: Der Evaluator für das Operationelle ESF-Programm in Rheinland-Pfalz, das Mainzer Institut für sozialpädagogische Forschung evaluiert sich selbst. Auch er setzt ESF-Projekte innerhalb des von ihm evaluierten Programms um, ist jährlich mehrfach Begünstigter, obwohl er gleichzeitig den Entwurf für das Operationelle ESF-Programm schreibt. Wie alle anderen Projektteilnehmer speist der Evaluator seine Projektdaten in eine Datenbank ein, die gleichzeitig Arbeitsgrundlage seiner Evaluierung ist.

Parlamentsanträge

Einsatzmittel und sachliche Ausstattung bei der rheinland-pfälzischen Polizei – Konkrete Verbesserungen umsetzen

Zu wenig Personal, viele Überstunden, immer mehr Aufgaben und Mängel in der Ausstattung. Das ist die Klage, die aus den Reihen der Polizei immer wieder zu hören ist, Die CDU-Landtagsfraktion hat sich in der Vergangenheit nicht zuletzt der **angespannten Personalsituation** mit parlamentarischen Initiativen angenommen. Unsere Forderung, die **ruhestandsbedingten Abgänge** bei der Polizei mit entsprechenden **Neueinstellungen** zumindest aufzufangen, hat die rot-grüne Koalition leider abgelehnt. Wir bleiben dabei: Notwendig sind **mindestens 9.000 volle Stellen**.

Aber nicht nur eine **ausreichende personelle**, sondern insbesondere auch eine **aufgabenangemessen sachliche Ausstattung der Polizei** ist die Voraussetzung dafür, dass sie ihren Auftrag erfüllen kann. Auch hier gibt es **erhebliche Defizite**. Das greifen wir mit einem Parlamentsantrag auf:

1. Aus der Polizei selbst wird berichtet, dass es an einer **adäquaten Grundausstattung der Polizeidienststellen** bis hin zu Papier oder Druckertoner mangelt.
2. Die Polizei ist nicht mit **Smartphones oder Tablets** ausgestattet. Abfragen aus dem Streifenwagen etwa auf zentrale web-basierte Anwendungen

wie POLIS und ZEVIS sind nicht möglich.

3. Die Beamtinnen und Beamten sind durch ihre **Schutzwesten** vor Messerangriffen nicht ausreichend geschützt. Gerade Messerangriffe haben aber in der Vergangenheit stetig zugenommen.
4. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob **Veränderungen bzw. Ergänzungen im Bereich der vorhandenen Einsatzmittel** notwendig sind. Denn die „richtige“ Wahl eines Einsatzmittels ist nicht nur für den Schutz der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, sondern letztlich auch für den vom Polizeieinsatz Betroffenen von großer Bedeutung.

Was wir wollen

1. Verbesserung der Grundausrüstung bei den Polizeidienststellen im Land.
2. Prüfung, inwieweit die Polizei in Rheinland-Pfalz zeitnah mit Smartphones bzw. mit Tablets im Streifenwagen ausgestattet werden kann.

3. Gewährleistung, dass die Schutzwesten der Polizei einen effektiven Schutz vor Messerangriffen bieten.
4. Prüfung, inwieweit ein neues Einsatzmittel zwischen Pfefferspray und

Schusswaffe geeignet wäre, den Schutz der im Einsatz befindlichen Beamtinnen und Beamten, aber auch der vom Einsatz Betroffenen zu verbessern.

Effektives Vorgehen gegen Rechtsextremismus – bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz

Seit Beginn der Flüchtlingskrise nimmt in ganz Deutschland, aber auch in Rheinland-Pfalz rechte Gewalt zu. Erschreckendes Beispiel war der Brandanschlag auf die geplante Flüchtlingsunterkunft in **Limburgerhof**. Dort versucht auch die Partei „Der III. Weg“, die Einwohner mit **ausländerfeindlichen Parolen** gegen Flüchtlinge aufzuhetzen. Auf Demonstrationen wird der Tod führender Mitglieder der Bundesregierung gefordert. Auch die Hass-Botschaften im Internet haben bislang nicht da gewesene Formen angenommen.

Hetzer konsequent verfolgen

Gegen solche Menschen muss der **Rechtsstaat mit aller Härte** vorgehen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Hetze gegen Ausländer

und Flüchtlinge in unserer Gesellschaft **ohne rechtliche Konsequenzen** hingenommen werden.

Die **Sicherheitsbehörden** müssen deshalb **in die Lage versetzt** werden, fremdenfeindlich motivierte Straftaten konsequent zu verfolgen. Deshalb ist es notwendig, dass sie, aber auch der rheinland-pfälzische **Verfassungsschutz**, besser ausgestattet werden. Nur dann können sie effizient arbeiten.

Die CDU-Fraktion fordert deshalb die Landesregierung auf, die Sicherheitsbehörden im Land **personell und sachlich besser auszustatten**, um rechtsextrem motivierte Straftaten effizient und konsequent verfolgen zu können.

Mündliche Anfragen

Ryanair streicht Verbindungen am Flughafen Hahn

(Alexander Licht, MdL)

1. Wie schätzt die Landesregierung die Auswirkungen der angekündigten Streichungen von bis zu vier Verbindungen der Fluglinie Ryanair auf die Entwicklung der Passagierzahlen am Hahn ein?
2. Inwieweit wird es nach Einschätzung der Landesregierung durch die angekündigten Streichungen von bis zu vier Verbindungen zu Stellenkürzungen beim Flughafenpersonal kommen?
3. Inwieweit hat die Landesregierung in Kooperation mit dem Flughafenbetreiber versucht, der Streichung von Flugverbindungen entgegenzuwirken?
4. Welche Anstrengungen wurden diesbezüglich unternommen?

MDK schafft neue zusätzliche Stelle in der Geschäftsführung

(Michael Wäschenbach, MdL)

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die neu geschaffene Stelle einer/eines zweiten stellvertretenden Geschäftsführerin/Geschäftsführers keine reine Personalentscheidung ist, sondern die Grundsätze der Haushaltsführung betrifft und damit der Rechtsaufsicht des Ministeriums unterliegt?
2. Hält das Ministerium es für eine geeignete Führungsstruktur, nach über 15 Jahren auf einmal eine zweite und damit zusätzliche Position der stellvertretenden Geschäftsführung einzustellen mit der Folge, dass zwei stellvertretende Geschäftsführer in der Hierarchie zusammenarbeiten.
3. Welches Interesse hat das Ministerium im Sinne der objektiven Patientenvertretung an der Neutralität des MDK und enthält das Anforderungsprofil für die neue Stelle diesbezügliche Reglementierungen hinsichtlich weiterer Kassenfunktionäre im Leitungsbereich des MDK?

Besetzung des Lehrstuhls für Allgemeinmedizin an der Universität Mainz

(Dr. Peter Enders, MdL)

1. Wie ist der Stand des Bewerbungsverfahrens?
2. Welche Personalauswahl ist ggf. getroffen worden?
3. Welche Lehrveranstaltungen werden durch den Lehrstuhl im Wintersemester 2015/2016 durchgeführt?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Situation vor dem Hintergrund der von der Landesärztekammer bereits vor längerer Zeit geforderten schleunigen Einrichtung des Lehrstuhls?

Mehrarbeit bei den Familiengerichten aufgrund des Anwachsens der Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge

(Dr. Axel Wilke, MdL)

Qualität der rheinland-pfälzischen Bildung

(Guido Ernst, MdL und Marion Schneid, MdL)

Sprachförderung an rheinland-pfälzischen Schulen

(Bettina Dickes, MdL und Martin Brandl, MdL)

Einhaltung der Schuldenbremse auch in der Flüchtlingskrise

(Gerd Schreiner, MdL)

Rolle der Sportvereine bei der Integration

(Guido Ernst, MdL)

Holzbauweise für Flüchtlingsunterkünfte

(Adolf Kessel, MdL und Gerd Schreiner, MdL)

Einsatz der Bundeswehr in Rheinland-Pfalz

(Matthias Lammert, MdL und Andreas Biebricher, MdL)